

Wolf-Dieter Narr

Freie Universität Berlin
Potsdamer Straße 41, 12205 Berlin

hr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Telefon:	(030) 833 7162	Datum
		WDN/Ha.	Email:	narrwd@zedat.fu-berlin.de	28.01.2004
			Telefax:	(030) 833 7162	

Betr.: „Studieren am OSI - Erläuterungen zum neuen B.A. - und Diplom-Studiengang“ (so daraus oder rund um diese Erläuterungen zitiert wird, werden die Beleg alle dem „Kommentierten Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 2003/04“ entnommen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende,

ich schreibe Ihnen einen offenen Brief. Ich tue dies spät, in vieler Hinsicht zu spät. Angesichts der Bedeutung der neuen Studienordnung gelten die zeitlichen Einwände nicht gleichermassen, nimmt man, Lehre und Lernen an der Universität, hier exemplarisch im Fach Politische Wissenschaft am Ort der FU Berlin ernst.

Vor zwei Jahren dachte ich, ich könnte mir (und Ihnen) die genaue Lektüre und meine Einmischung in die Diskussion bzw. die Umsetzung der in der Diskussion befindlichen Studienordnung schenken. Diese neuen Studien- und Prüfungsordnungsentwürfe kreisen rund um die schon seit längerem geplante Einführung eines auf einen „B.A.“ führenden sechssemestrigen Kurzstudiengangs, um die „Modularisierung“ der Lehreinheiten und - via der semestrigen Vergabe von „credit points“ - um die Gestaltung der Studienordnung als permanente Prüfungsordnung oder, wie ich sogleich korrigierend hinzufüge, vice versa. Da ich jedoch am Anfang des WS 2003/2004, zusammen mit dem Kollegen und Freund Ulrich Albrecht lehrend, nicht umhin konnte, mich über die ‚Studieninnovationen‘ kundig zu machen, bin ich von mir selbst gehalten, so wie ich geworden bin, mich dazu kritisch zu äußern. Ich muss annehmen, dass Sie alle, die unverändert lehren - wenngleich die Unterschiede diverse Grade und Motive einschließen -, die neue Studienordnung teilweise für wünschenswert und gut, teilweise für unvermeidlich halten. Mit ihr müsse man eben, lustig oder auch weniger lustig, „leben“. Als ich mich aufgeregt gebärdete, suchte ein befreundeter, erfahrener Kollege, meine Wogen mit der alten Volksweisheit zu glätten: „Alles wird immer weniger heiß gegessen, als es gekocht worden ist.“

Meinen ersten, durch Gespräche und neues Lesen nicht korrigierten prinzipiellen Eindruck schildere ich nur, weil er vielleicht manche von Ihnen nachdenklich stimmen könnte. Die nachfolgenden Argumente zur neuen Studien- und Prüfungsordnung müssen ansonsten für sich selber sprechen, das heißt in der Perspektive und in der Sache überzeugen. Im gesamten letzten Jahrzehnt meiner endfünfziger und beginnenden sechziger Jahre, in deren zweiter Hälfte ich mich nun befinde, habe ich mich nie „alt“ gefühlt, obgleich mir aller hautstraffende „wellness“- Juvenismus fremd ist. Als ich die neue Studienordnung las, entdeckte ich, dass hier eine Universitätswelt für die Studierenden in Inhalt und Form konzipiert worden ist und schon praktiziert wird, die mit fast all dem, was ich trotz aller Einschränkungen

als „meine“ Universität und „meinen“ wissenschaftlichen Beruf angesehen hatte und weiterhin ansehe, in wachsendem Umfang nichts mehr zu tun hat. Verantwortlich möchte ich im Rahmen dieser neuen Studien- und Prüfungsordnung nicht mehr lehren und prüfen. Über 1 1/2 Jahre nach meiner selbstbestimmten Verabschiedung als vollberuflicher Hochschullehrer, der aber in jedem Semester weiter gelehrt hat und unvermindert viele Diplomanden betreut - von den selbstredend bleibenden Doktorandinnen und Doktoranden nicht zu reden -, fühle ich mich nun, fremdbestimmt, hinausgeworfen. Möglicherweise werde ich noch die eine oder andere Veranstaltung anbieten. Geplant hatte ich im WS 2004/05 eine vierstündige Vorlesung zur „Kritik der politischen Soziologie am Beispiel von Max Weber“. Da dafür keine „credit points“ vergeben werden können, weil diese Vorlesung kein Teil eines „Moduls“ darstellte, nehme ich an, ich kann mir (und Ihnen) die Ankündigung der Veranstaltung in memoriam Max Weber (mortuus doceat vivos) sparen. Diplomandinnen und Diplomanden werde ich, seltener ohnehin, hinfort nur noch betreuen, wenn sie nach der jetzt alten DPO studiert haben und Examen machen wollen. Meine eigene, weitgehende „Exit“-Option im Sinne Albert O. Hirschmans muesste, da meine Argumente, das behaupte ich emphatisch, triftig sind, Ihre „voice“-Option, also Ihr Verhalten im Rahmen der neuen Studienordnung, wie Sie damit umgehen, ‚nachhaltig‘ beeinflussen.

Meine folgenden Anmerkungen zur neuen Studien- und Prüfungsordnung, die ich das eine oder andere Mal ausschnitthaft schon Studierenden vorgetragen habe, sind geschrieben cum ira et studio. Also im Zorn und mit Eifer. Der Zorn gilt nicht Kolleginnen und Kollegen - solchen gar, die ich am OSI nahfern seit Jahrzehnten kenne. Der Zorn gilt einer Bildungs- und Hochschulpolitik, die perspektivlos, töricht und unverantwortlich, das Lernvermögen preisgibt und was sich, vorstellungskräftig und neugierig, lernend erwachsen entwickelt: von Kindern, von Jugendlichen, von jungen Erwachsenen, damit auch von Erwachsenen und alten Menschen. Und diese hohen Kosten um das - noch täuschungsversalzen angerichtete - Linsengericht eines angeblich darum gewährleisteten, deutsch begrenzten Wohlstands und vorweg annehmlische Arbeitsplaezte für alle. Um willen einseitiger, kapital- und technologischer Innovationen werden nicht nur alle nötigen sozialen Innovationen versäumt. Im Gegenteil: die nötigen sozioökonomischen und politischen Bedingungen einer Verfassung der Gleichheit und der Freiheit, werden - um willen der elitär verpolizeilichten Habens- und Herrschaftschancen der besser gestellten dreißig oder 40 Prozent - deregulierend im höchst repressiven Regulationsstil geopfert.

Dieser Zorn, gespeist von der täglich wahr zu nehmenden, selbst instrumentellen Dummheit (und Luege) etablierter Politik und ihres fülligen Interessentenhofstaats richtet sich gegen Kolleginnen und Kollegen nur insoweit, als sie sich als willige Helfer und Vollstrecker dieser zukunftsblinden Politik hergeben. Dass und warum sie dies tun, kann ich mir weitgehend erklären, erfahren in Sachen Produktionsbedingungen der homines academici und ihrer Habitus an bundesdeutschen und an amerikanischen Eliteuniversitäten. (Ein Rest bis des Nichtverstehens bleibt allerdings stachlig bestehen.) Darunter sind keinerlei böswillige oder arglistige Motive. Darunter mischt sich bestes Lehrenengagement. Die bona fides, die ich allen unterstelle, macht die gegenwärtige Sache meines Erachtens ebenso vertrackter wie schlimmer.

Mit Eifer aber schreibe ich diesen Brief, nicht weil Langweile meine alten Tage erstickte. Vielmehr, weil ich gerade in „dürftigen Zeiten“ die konkrete Utopie einer Universität und in ihr einer Pluralität von Lehr-Lernprozessen aufrechterhalten und präsent ‚stellen‘ will. Sie soll eine große Tradition des zeitweise halb gehaltenen Versprechens im „Streit der Fakultaeten“ mitsamt den nötigen Änderungen in die Zukunft erhalten. Um mich europäisch zu beschränken und nur einige Namenssymbole anzuruehren: die Tradition von Sophokles/Sokrates über Kant/Humboldt bis zu Simone Weil und Adorno. In dieser Tradition, die nie breite Wirklichkeit gefunden hat und ihrer Zukunft - so sie noch eine solche hat, das aber liegt aller sich ausweitenden Herrschaft der Sachzwänge zum Trotz an jedem und jeder einzelnen auch von Ihnen werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende -, in dieser Tradition und ihrer Zukunft versteht sich ein schlechthin primäres Ziel allen Lernens, allen Bildens und Ausbildens geradezu von selbst (und wohlbemerkt auch aller nicht zur Herrschaftsprase gewordenen Demokratie): die politisch gesellschaftlich begründete und Politik und Gesellschaft begründende Autonomie von jedem Kind, jedem Jugendlichen, jeder Erwachsenenem und jeder Alten. Dieser Autonomie, individuell und sozial allgemein zugleich, kann man nur dienen, sie kann man nur, im Lernen unterstützt, erreichen und täglich neu erringen, wenn man um die enormen Anstrengungen der Autonomie weiß. Und sich dieser schweißtreibenden Anstrengung stellt. Aus freien Stücken. Zu freien Stücken. Zur „Ekstase des

aufrechten Gangs“. Obwohl, gerade weil wir alle aus „krummem Holz“ geschnitzt sind. Zu ihr gehört die intellektuell überaus voraussetzungs- und folgenreiche „Anstrengung des Begriffs“.

Mein Brief ist also ein Appell. Nicht zum Gehorchen, zur folgenreichen Einsicht. Zum selbstbestimmten Verhalten.

In Sachen neue Studien- und Prüfungsordnung gilt zuerst: Sie alle, die in ihr lehren, Sie alle, die unter ihrer sublimen Knute studieren, sollten wissen, was sie tun und tun müssen. Die bewusste Einsicht in die Zwänge, in ihre Grade und Grenzen, kann schon eine Differenz ums Ganze ausmachen. Dann kann man lehrend und lernend sogar diese Zwänge ein Stückweit gestalten. Vor allem: man kann sie mit Abstand behandeln; man muss sie nicht unmittelbar das eigene Verhalten und die eigenen Gefühle, den eigenen Verstand bestimmen lassen.

Studienordnungsradiikal nüchterne Analyse ist also zuerst angezeigt. Von Politikwissenschaftlern, die über die allemal prekäre Prämisse ihres Berufs verfügen (und sich erarbeiten): Abstand zur etablierten Politik zu halten, sollte man darum an zweiter Stelle reflexiv erwarten können, dass sie das, was sie aus irgendwelchen gutschlechten Gründen annehmen, tun zu müssen, nicht durch schöne Formeln versuessen und verhimmeln, durch Zuckerglasur, durch das , was George Orwell „goodspeak“ genannt hat. Daraus entsteht gegenwärtig mehr denn je das Riesenthema „Politik und Lüge“. Dieses gefährdet die Verfassungen der liberalen Demokratien mehr als „reale“ Probleme. Und das nicht nur, nicht einmal primär im Bush-Land.

Wenn, zum dritten, die kritischen Apostrophen meiner folgenden Bemerkungen auch nur annäherungsweise zutreffen - wenn Sie sich dieses Eindrucks wenigstens im intimen Gedanken- und Herzensstübchen nicht erwehren können sollten -, dann ist ein dreifacher Umgang mit der neuen Studienordnung angezeigt. **Z u m e i n e n** ist diese neue Ordnung den Studierenden und den Kolleginnen und Kollegen honigfrei zu präsentieren. **Z u m z w e i t e n** sind in der Kollegenschaft und mit der immer erneut kommenden Studentenschaft wenigstens be-, wenn nicht abgesprochen, alle gegebenen Hebelchen in Gang zu setzen, um die neue Studienordnung als Scheuklappen vermittelndes, prüfungsdynamisches Kanalsystem zu mildern und die Segel der Angst zu raffen, die sie treibt. Dazu kann auch eine alte Einrichtung dienen. Ohne sie hätte eine große Institution, die Katholische Kirche, keine 2000 Jahre überlebt: die pia fraus, zu deutsch: der fromme, also substantiell stimmige und kategorisch legitimierbare Betrug. **Z u m d r i t t e n** kommt es darauf an, nicht nur den Gang der neuen Studienordnung durch die Lehr- und Lernprozesse argosäugig zu beobachten. Vielmehr ist umgehend an erheblichen materiellen und prozeduralen Änderungen zu arbeiten. Innerhalb der Universität und öffentlich ausserhalb derselben. Diese Änderungen sind in einer zeitlich knappen Frist, nach drei Jahren spätestens, zu einer neuen Studienordnung zu bündeln. Sollte diese scheitern, dann wäre eine individuelle und kollektive Verweigerung wenigstens derjenigen angesagt, die den privilegierten Status eines Professors oder einer Professorin genießen - bekanntlich vom Verbum profiteri hergeleitet (hier hätte es, die schlimmste aller deutschen Traditionen endlich zu durchbrechen). Es ist eines, wenn das Institut für Politikwissenschaft sich lehr-lernendes Unding aufzwingen lässt. Es ist ein anderes, wenn seine Angehörigen in voreilemdem Gehorsam dort agieren, wo es um das „Allerheiligste“ von Lehre und Lernen, das **Herz der Universität** geht: die **Freiheit des Studierens**. Und von ihr hergeleitet: **die Freiheit des Lehrens**.

1. Die neue Studien- und Prüfungsordnung im Kontext der allgemeinen Bildungs- und Hochschulpolitik

Ich will es, weil ich Ihnen sonst ein kleines Buch präsentieren müsste, dabei sein Bewenden haben lassen, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Diese 'Einbettung' macht aus der neuen Studienordnung des OSI ein Symptom und einen schwer zu behebbaren Skandal in einem. Ein Symptom dafür, dass universitäres Lernen im Zeitalter der sog. Individualisierung und Informations-, gar Wissensgesellschaft allen humboldtschen Charme eines Lehr-Lernprozesses verloren hat, der den studierenden Personen zuerst gilt. Der schwer zu behebbende Skandal besteht in der fachlichen, der substantiellen und der zugangsbezogenen **reduktionistischen Transformation der Universitäten zu einseitig technologisch gerichteten Forschungsgrößen** auf der einen Seite. **In ihnen herrscht die „private-public-partnership“, sprich das kapitalistisch private Interesse vor.** Darum können die Sozial- und Geisteswissenschaften krankgeschrumpft werden. Auf der anderen Seite werden Lehr-, Lernprozesse, möglichst unvermittelt arbeitsmarktpolitisch ausgerichtet, darauf geeicht, **mobile und flexible Charaktere zu produzieren**, die

kostengünstig unterzubringen oder arbeitslos still zu stellen sind. Was in Sachen Schmalspurinnovationen und höhere Positionen erforderlich erscheint, sollen neu-feudal zugeschriebene - nicht leistend erworbene, trotz dem Gerede der „Leistungsgerechtigkeit“ - „Centers of Excellence“ beibringen. Auch immanent betrachtet - setzt man die schwer genauer ausmachbaren Ziele der weithin kenntnislosen Hochschulpolitiker voraus -, wird das nicht funktionieren, was kurzfristig geplant und installiert wird.

2. Spaghetti a la Bolognese

Verbunden mit dem gerade bezeichneten Bett, in das sie prokrusteshaft gelegt worden ist, ist die neue Studienordnung des OSI Ausdruck des sog. Bologna-Prozesses, sprich der EU-europäischen Angleichung der Bildungssysteme, der Abschlüsse, der damit verbundenen Titeleien. Diese Art der Europäisierung ist kaum dazu angetan, der so oft auratisch hofgeschriebenen „Idee Europa“ nützlich zu sein. Der fundamentlose Standard-, Abschlussformen- und Evaluierungszirkus ist in seinem hektischen aeußerlichen, konkurrenztuemmelnden Schein mit freilich negativen Lernfolgen kaum zu überbieten. Aus diesem „Bologna-Prozess“, einer education of scale and reified criteria, erklären sich eine Reihe skandalöser Vorgaben in Sachen neue Studienordnung. Diese konnten und durften von den zuständigen Leuten des OSI nicht einfach übersehen werden. Eine harte Auseinandersetzung und, notfalls, ein wissenschaftlich überdeterminiertes Nein wären dringend angezeigt gewesen. Niemand hätte darob seine oder ihre feste Position riskieren müssen (auch ich habe das, viel zu wenig wohl begründet aufmüepfig, nie getan). Bis zu welcher, immer erneut hinausgeschobene Grenze lange bleibt Ulrich Sonnemanns Mahnung vom „Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten“ gerade für universitäre Intellektuelle trotz all der ansonsten veränderten Umstände zutreffend?

Die deutsche, dann, gänzlich restauriert, die bundesdeutsch fortgesetzte, in den 70er Jahren nicht zureichend reformierte, mehrfach bürokratisch bestimmte Universität (deren letzte grosse Reformchance om Zuge der deutschen Einigung straflich versaeumt worden ist), die als Typus in der Tat im Singular gegeben war (und teilweise noch ist), hatte und hat viele strukturelle und funktionelle Mängel. Sie besaß indes u.a. einen großen Vorzug. Wer in ihre Hallen Eingang gefunden hatte, die nicht mehr männlich klassenbürgerlich verrammelt sind - obwohl der 'tertiäre' Bildungssektor grundrechtlich demokratisch systematisch unzureichend organisiert ist -, der oder die ging in allen Fächern einem prinzipiell allen gleichem Studium nach. Der erste Examensabschluss machte zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten keine Differenz. Das wird durch die Einführung des Kurzstudiums mit dem angelsächsisch hohl übernommenen Titel „B.A.“ fundamental verändert. Nun gibt es wenigstens zwei Studiengänge. Diese gespaltene Doppelung trifft zu, selbst wenn der 'längere', der dann zum Diplom oder via diverse „Centers of Excellence“ zu einem veritablen Magister führen mag, in der Regel wenigstens aus einem gemeinsamen Grundstudium erwachsen sollte. Das gemeinsame Grundstudium, das nun auch am OSI vorgesehen ist, hat einen Vor-, zugleich aber einen gewichtigen Nachteil. Es hat den Vorzug verlängerter Wahlchancen für die Studierenden, die noch nicht nach dem 6. Semester von der Universität abgehen wollen. Sie können sich, selbst wenn sie einen solchen Abgang ursprünglich ins Visier gefasst haben, noch im 4. Semester entscheiden, dass sie den Abschluss qua Magister oder Diplom anstreben. Die zeitweilige Überlappung zweier Studiengänge hat den Nachteil, dass auch diejenigen, die auf einen Magister oder ein Diplom hin studieren, demselben Veranstaltungs- und Graduierungsrhythmus unterworfen werden. Das Studium wird demgemäß, jedenfalls in seiner grundlegenden ersten Hälfte qualitativ vom Kurzstudium bestimmt. In der pauschalen Qualifizierung dieses Kurzstudiums stimme ich mit Wolfgang Kemp überein, ohne zum Nachweis länger ausholen zu wollen. „Dass es ein wissenschaftliches Studium an Universitäten geben kann“, so Kemp in einem FAZ-Artikel mit der - leider - trefflichen Überschrift „Euch machen wir mürbe“ (FAZ vom 7.11.2003), „das in drei Jahren zur Berufsqualifizierung führt, diese Prämisse ist schlicht und einfach nicht zu halten, ...“ Niemand weiß zur Zeit, ob und wie das in Deutschland neue Kurzstudium, geplant als schneller Durchlauferhitzer oder auch als zeitlöcherige Zentrifuge, „angenommen“ und also funktionieren wird. Dieses noch glückliche Nichtwissen nimmt aber die Verantwortung für die erstmalige Klassenteilung des Studiums nicht ab. Quantitative Faktoren werden bekanntlich allzu häufig bei der Planung von Organisationen unterschätzt. So diese bestimmte Qualitäten erzielen sollen. Webers „Bürokratisierungsgesetz“ basiert darauf. Von all den zusätzlichen Konditionen der neuen Studienordnung einmal zu schweigen. Allein die zeitlichen Vorgaben, die um wenigstens 3 oder 4 Semester gekürzt worden sind, gewährleiten im Durchschnitt einen kognitiv und habituell kastrierten Studiengang. Für diejenigen, die diesen ge- und verkürzten Studiengang durchlaufen, hat derselbe die Regelfolge, dass sie beruflich, positionell und finanziell, wenigstens im immer noch privilegierten akademischen Zusammenhang, systematisch schlechter gestellt

werden. Die Ursache dafür müssen sie, das kennzeichnet das sozial a-soziale Wunder des Kurzstudiums, bei sich selbst suchen. Sie haben nur kurz studiert. Sie können offenkundig nicht mehr. Soziale Unterschiede werden bildungspolitisch ratifiziert. Als handle es sich um unveränderbare Naturdifferenzen zwischen unbegabten, mittelmäßig begabten und hoch begabten jungen Menschen, zwischen denen mit Hilfe des angeblich untrüglichen und angeblich „eigentlich“ gerechten Massstab der „Leistungsgerechtigkeit“ unterschieden werden koenne, duerfe, müsse. So produziert man u.a. Versager und aufgeblasene Leistungseliten. Nicht auf Leistungen, die vielfaeltig differenziert werden kommt es, damit die besten Moeglichkeiten der Kinder und Jugendlichen entwickelt werden. Vor allem nach Herkunft und frueh angeeigneter, meist familial gefoerderter Chuzpe, dem sog. Erfolgswillen, wird sortiert. „Mittelmass“ und „Elite“ werden erneut zu zugeschriebenen, nicht – o „Leistung“! – zu erworbenen Merkmalen angefangen von der Art der einseitig „rationalen“ Grades und ihrer hoechst willkuerlichen Vergabe. Und w i r , pardon für das ausnahmsweise einnehmende „wir“, wir Sozialwissenschaftler machen bei einer solchen gesellschaftlichen Naturkonstruktion von Ungleichheit mit. Selbstredend sind wir demokratisch gesinnt und menschenrechtlich darüber hinaus! Müssten wir dann, wenn wir's tun - oder im schwäbischen Konjunktiv: täten - unseren ehrlichen Beruf als Sozialwissenschaftler an den elitären, vor allem den „lebenswissenschaftlichen“ Nagel, wenn schon nicht ans entsprechend kadrierte Genom hängen?

3. Politik und Politikwissenschaft, die ich meine

Um meine kritischen Aeusserungen perspektivisch richtiger zu verstehen, müsste ich ausführen, was ich unter Politik, folgerichtig unter Politikwissenschaft und was ich unter einem angemessenen Studium dieses späten Zweigs am Baum der Erkenntnis verstehe. Ich will mich auf wenige Stichworte beschränken. Selbstredend bin ich fast jederzeit bereit, ausführlicher davon zu handeln. Sei's in schriftlicher, sei's in mündlich dialogischer Form.

P o l i t i k , die mit einer Mehrzahl von Menschen beginnt – und Menschen beginnen immer in der Mehrzahl -, ist, wie Gesellung, von allem Anfang an und ueberall gegeben. Menschliches Zusammenleben versteht sich nie von selbst. Es hat immer kuenstlich, also von Menschen mehr oder minder einseitig entschiedene und verwirklichte Momente. So versteht sich von Aristoteles ueber Marx bis Hannah Arendt - unbeschadet all ihrer qualitativen, ihren anderen Zeiten entsprechenden Differenzen -, dass Menschen nur dann ihre gegebenen Potenzen einigermaßen entwickeln koennen, wenn sie sich als zoa politika, als darum politische Wesen an der Organisierung ihrer Gesellungen beteiligen (koennen). Herrschaft von Menschen ueber Menschen zeichnet sich, von fruehen Anfaengen an, immer dadurch mit aus, dass sie Ungleichheiten der Beteiligung und der Beteiligungsmoeglichkeiten installiert und sichert.

P o l i t i k w i s s e n s c h a f t ist, soweit sie sich als W i s s e n s c h a f t versteht, der spaet ausdifferenzierte Versuch, die Bedingungen friedlichen Zusammenlebens historisch und systematisch deskriptiv-analytisch zu erkunden und, je nach normativ bestimmter Perspektive, erfahren disziplinierte Vorstellungen besserer Organissierung („Verfassung“) zu entwerfen. Der moderne Staat und seine liberaldemokratische Verfassung sind heute ihre dominanten Bezugsgroessen. Sie duerfen jedoch alles andere darstellen als unbefragte, nicht zur analytischen und normativen Disposition gestellte Praemissen. Zugleich gilt: Makro- und Mikrobedingungen von Politik und politischer Beteiligung sind durchgehend im gesellschaftlichen Ressourcenkontext, seiner Produktion und Verteilung insgesamt zu betrachten. Sprich: Politikwissenschaft ohne die eingemeindeten Methoden und Erkenntnisse der anderen Sozialwissenschaften einschliesslich der Oekonomie und von Teilen der Jurisprudenz kann ihrer Hauptaufgabe nicht genuegen.

P o l i t i k w i s s e n s c h a f t l i c h e L e h r - u n d L e r n i n h a l t e u n d L e r n f o r m e n sind so anzulegen, dass in knapp, aber ausreichend bemessenen 10 Semestern prinzipiell alle, die das Fach PW studieren, die Faehigkeit zur Kritik politikwissenschaftlicher Urteilskraft erwerben koennen. Dieses kognitiv-habituell ehrgeizige Ziel ist unter folgenden, nicht vollstaendig aufgezaehlten und nicht zureichend ausgefuehrten Bedingungen erreichbar:

- (1. dass die Lehr- und Lernformen dem angestrebten Ziel entsprechen. Das heisst an erster Stelle, dass die Lernenden als mitlernende, mitmachende, mitbestimmende Personen ernst genommen werden (diese Brise „Humboldt“ bleibt gerade heute essentiell);
- (2. dass die Lehrenden pro zweijaehrigem Lehrblock Veranstaltungen anbieten, die in Inhalt, Methode und Form aufeinander bezogen sind);

- 3. dass die Lehr- und Lernformen, so verschieden sie angelegt sein moegen, intensive Auseinandersetzungen ueber die jeweiligen Themen zulassen und, soweit irgend moeglich, der Dewey'schen Devise des „learning by doing“ folgen. Kein Methodenkurs mehr, beispielsweise, ohne dass die quantitativen und qualitativen Methoden fallsspezifisch praktiziert wuerden; kein Kurs zur repraesentativen Demokratie mehr ohne ausgiebige teilnehmende Beobachtung etwa des Parlaments oder eines Wahlvorgangs u.v.a.m. Umgekehrt: kein Praktikum mehr, das nicht im Rahmen der Universitaet analytisch bedacht wuerde, wie kein Schreiben von Diplom- und Magisterarbeiten ohne vorherige Schreibschulung;

- 4. dass die unverkuerzte Freiheit des Studierens am schmalen, aber zaehen Stamm eines Kerncurriculums sich emporranke und bluehe. Dieses Kerncurriculum, das in seiner Komposition periodisch neu zu diskutieren ist, besteht im 10semestrigem Studium aus maximal 15 Veranstaltungen. Deren Themen, Methoden und Formen sind lehr- und lernpflichtig fuer alle. In ihnen sind jeweils die „Minima Moralia“ der Politikwissenschaft anzubieten und zu studieren. Ein wenigstens 4stuendiger, mit blockartigen Elementen angebotener Kurs im 8. Semester gilt in jedem Fall, beispieldurchsetzt, der oben schon genannten Kritik der politikwissenschaftlichen Urteilskraft als einer lehr-lernenden Summe des Studiums;

- 5. dass die Durchsichtigkeit des Studiums und der allen abverlangten Pruefungen gross ist und erwartbar organisiert wird. Auf diese Weise ist zu gewaehrleisten und feinkoernig zu ueberpruefen, dass alle Pruefungsleistungen fast wie reife Birnen vom Baum des normalen Studierens fallen; dass die Pruefungsangst auf unvermeidliche, persoendlich unterschiedliche Minima begrenzt wird; dass es so gut wie keine „drop-out“-Rate, sprich keine Studienabbrecher und keine sog. Langzeitstudenten mehr geben wird (die neuerdings wieder viel eroertete „drop-out“-Rate und eine hohe Durchfallquote sprechen in aller Regel nicht gegen die unfaeig oder faul Studierenden, sondern gegen kognitiv-habituell schlecht gebaute Curricula und unzureichende Lehr-Lernformen).

4. Zur neuen Studienordnung in einigen spezifischen Merkmalen

a) Zu Recht wurde meiner schon gaeusserten Kritik entgegengehalten all das Neue an der neuen Studienordnung sei so neu nicht. Diese ab diesem Wintersemester noch gemischt gueltige, in ihrer Geltung jedoch expansive Ordnung baue auf der geltenden DPO auf.

Offen gestehe ich, dass mir schon die seit Anfang der 90er Jahre gueltige Ordnung erhebliches Kopfbeschwer gemacht hat. Sie war schon verabschiedet, als ich nach 5 Jahren OSI-Urlaub an die FU zurueckkam. Auch diese, jetzt alte Studienordnung war in wesentlichen Elementen von der KMK, entsinne ich mich recht, vorgegeben worden. Auch diesen KMK - Ansinnen ist seinerzeit vom damals bestehenden FB Politikwissenschaft ohne Versuch eine Blockade entsprochen worden. Mein Landsmann, der in der Lehre ueberaus engagierte, frueh verstorbene Kollege Klaus Megerle hatte es sich geradezu zum Ziel gesetzt, in den seines und FBR-Erachtens unvermeidlich neuen Formen – u.a. der Einfuehrung einer foermlichen Zwischenpruefung statt der didaktischen Errungenschaft der Obligatorischen Studienberatung, der Einfuehrung von Klausuren u.a.m. – so viel der bewaehrten Formen von zuvor zu erhalten, wie ihm und dem FBR moeglich erschien. Daraus erklaert sich auch, warum die nun alte DPO so kompliziert zu lesen ist. Niemand kann sie, er oder sie mag noch so pruefungserfahren sein, aufs erste Lesen hin verstehen. Die Pruefung der Pruefungsordnung. Und die Pruefungsordnung fiele durch, ginge es mit rechten wissenschaftlichen und studentenbezogenen Dingen zu.

Schon diese DPO hat mich, als sie mir fertig bekannt geworden ist, einigermassen erschuettert. Ich konnte und wollte nicht denken, dass Sozialwissenschaftler, die ueber eine geschultere Vorstellungskraft zu den Effekten von institutionellen Regelungen und Prozeduren verfuegen muess(t)en, dort vorstellend aufhoerten, wo ihre eigenen Lehr-Lernbedingungen und diejenigen der ihnen, ausgesetzten? Studierenden betroffen sind. Gleichviel. Metaphorisch gesprochen, schien mir der Eimer des Ertraeglichen nun randvoll. Die neue Studienordnung stellt den Tropfen dar, der den Film ueber dem Eimer reissen macht. Insofern bedeutet sie einen qualitativen Sprung.

b) Sozialwissenschaftlich gesprochen kann (und sollte) jede Studien- und mit ihr gekoppelte Pruefungsordnung als Netz positiver und negativer Sanktionen verstanden werden (so wie uebrigens alle dichtereren Institutionen). Ist man in diesem Netz jahrelang und mit erheblicher Relevanz fuers weitere Leben wie die Studierenden eingesponnen, dann lassen sich seine Wirkungen auf die Orientierung und auf das Verhalten kaum hoch genug einschuetzen. Die Wirkungen werden hier insbesondere auf das, was die Studierenden habituell und kognitiv lernen – immer ein nicht aufloesbares Buendel -, verstanden.

Darum ist die Verantwortung fuer dieses Netz, seine Oeffnungen, seine Straenge und Knoten, seine weichen und harten Seiten, so unabweisbar gross.

c) In den Erlaeuterungen B.A./Neue DPO (S.118 ff. Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis, s. auch S.6 das allgemeine Vorwort) wird das Kurzstudium, das auf den B.A. hinfuehrt – und die oben genannte Klassenspaltung der Studiums impliziert – schoengeredet. Im falschen Modus des Indikativs wird behauptet: in diesem Kurzstudium „werden den Studierenden grundlegende wissenschaftliche Fachkenntnisse in der Politikwissenschaft und die Faehigkeit zu eigenstaendigem wissenschaftlichen Arbeiten vermittelt.“ Schon diese Aussage stellt eine, allenfalls in Zukunft erweisbare, hochgradig unwahrscheinliche Behauptung dar. Es folgt aber in versprechenssuehrender Spekulation noch dicker. Wohlgermerkt grenzt diese Spekulation an eine - gewiss gut gemeinte, aber wissenschaftlich kaum haltbare – Tauschung: „Das Studium befahigt Absolventinnen und Absolventen als wissenschaftliche Fachkraft in einem entsprechenden Berufsfeld taetig zu sein.“

d) Im 3. Absatz des „Ueberblicks“ werden „Module“ als kuenftige exklusive Lehr-/Lern- und Belegform eingefuehrt. Schon das Vorwort hat sie angekuendigt. „Die neuen Studiengaenge sind modularisiert...“ Ausser dass ein Modul immer aus „zwei Lehrveranstaltungen“ besteht, „die in einem Semester oder in zwei aufeinanderfolgenden Semestern“ zu belegen sind, erfahrt der geneigte und in der neuen didaktischen Kreation unerfahrene Leser nichts. Ergaenzend wird ihm allein mitgeteilt, dass nur in einem Modulteil, also in einer der Modul machenden zwei Veranstaltungen eine Pruefungsleistung erbracht werden muesse. In der jeweils anderen modulhaeftigen Veranstaltung sei „nur die – allerdings seminarsitzungsregelmassig zu bestaetigende, WDN – Teilnahme erforderlich.“ Warum diese erlauternde Knausrigkeit?

„module“, so erlaeutert das Concise Oxford Dictionary, dessen 9. Ausgabe ich beim Schreiben des 2. Teils dieses, in Berlin nicht fertig gewordenen Briefes konsultiert habe, „1 a standardized part or independent unit used in construction, esp. of furniture, a building, or an electronic system. ...3. a unit or period of training or education. 4a a standard or unit of measurement. ...“. Das Verbum „modulate“ hat in diesem Falle vor allem seine erste transitive Bedeutung: „regulate or adjust.“ Wird diese Erlaeuterung nicht gegeben, weil die Politikwissenschaft solche standardisierten Fertigteile nicht zu bieten hat oder – am OSI – einstweilen nicht bieten will, sondern nur gezwungen den Modemoduljargon uebernimmt? Oder werden der Ausdruck „Modul“ und sein graeuliches Verbum „modularisieren“ nicht ausgeleuchtet, weil sonst kenntlich wuerde, dass der modische Drang und Zwang des „Bologna-Prozesses“, den das Vorwort o. S. des „den internationalen Standards“ entsprechenden „Leistungspunktesystems“ hervorhebt, jedenfalls bei den Kurzstudiengaengen eine u.a. der Autoindustrie analoge „just in time production“ mit der Chance des „outsourcing“ ganzer Auto- bzw. Studienteile anpeilen laesst? Darum kann die OSI-Politikwissenschaft mit ihrer Tradition, das Fach Politik als eine ausgefaecherte Gesamtheit zu sehen, nun so umstandslos aufgeben werden (diesseits allen inter-, gar transdisziplinaeren Jargons). Outsourcing von Geschichte zur Geschichtswissenschaft; von Recht zur Rechtswissenschaft; von Oekonomie zur Oekonomie und...Bleibt allein die Frage, was von vernuenftiger Politikwissenschaft Bestand hat? Outsourcing!

e) Die weder erlaeuterte, noch als – gar „wissenschaftlich“ ! – lehr-, lernrational argumentativ belegte „Modularisierung“ erfahrt ihre Konsequenz im neuen System der „Leistungspunkte“. Fuer diese ist gluecklicherweise eine Abkuerzung sogleich parat: „LP“. Nur darum ist es auch moeglich, die notwendige Gedankenleistung zu unterlassen, zu begruenden wie das „System“ der LPs lehr-, lern und pruefungsrational gehandhabt werden kann und soll. Und diese LPs, die von den Lehrenden offenkundig in Akten praeziser Willkuer verabreicht werden, besitzen tatsaechlich „Systemcharakter“ – im Rahmen des Studiums, versteht sich. Fuer den Bachelor of Arts (B.A.) brauchen die LP-Beduerftigen, in 6 Semestern deren 180; fuer den neuen Diplomstudiengang, so lange es ihn noch gibt, deren 230. Wenn die LP-Braucher naemlich ihre pro Semester auf 30 LPs bemessene Zahl nicht erreichen, gibt es – o haette ich doch, von Modulen unberuehrt, nie Latein und auch noch Germanistik studiert -, sanktionsharte „Maluspunkte“ (ein Kentauernwort, auf das die deutsche wie auch sonstige Sprachen fueglichen, allen Innovationen zum Trotz, haetten verzichten koennen).

Und wenn eine, einer zu viele „Maluspunkte“ sammeln, 5 oder 7 an der Zahl, dann wird, studienverlaengernd, das zuvor verkuerzt und , effekteuert worden ist, nachgessen oder zwangsabgegeben.

f) Der Systemcharakter der Strukturierung des Studiums in Module, der Bespickung der Module mit LPs, des sanktionierenden Schattens der in manchen Semestern vermissten 30iger Zahl der LP in Form von „Mali“, wird vollends offenkundig im Paket der Modulzahlen, die im Grundstudium und danach in seinen zweigeteilten Fortsetzungen erforderlich sind. 14 Module, in Buchstaben: „Vierzehn Module“, sprich 28 Veranstaltungen muss jede oder jeder Studierende allein im Grundstudium besuchen. Sie oder er muss allerdings nur in der Haelfte der Veranstaltungen fuer das Modul insgesamt geltende Leistungen uebers blossen In-der-Lehrveranstaltung-Sitzen erbringen. Das aber heisst schon allein quantitativ: mehr als 7 Veranstaltungen im Semester wird in der Regel niemand besuchen wollen und koennen. Der auch von emphatischen Verteidigern der neuen Studienordnung mir gegenueber betonte noetige Blick der Studierenden ueber den fachengumzirkten Gartenzaun wird faktisch unmoeglich. Die Studierenden keuchen von einer Veranstaltung in die naechste. Die Studienfreiheit, die formell weiter gilt, wird fuer beide Klassenteile des Studiums, kurz oder lang, vollends zur Schimaere.

g) Der bisher nachgezeichneten oder allenfalls herausgeholt, von mir nicht einmal nuancenhaft konstruierten „Logik“ dieser neuen politikwissenschaftlichen Studienarten wird in doppelter Weise widersprochen. Der erste Widerspruch besteht darin, dass alles in allem von den Studiendauergeprueften erstaunlich wenig schriftlich formuliert werden muss. Sie muessen im Grund- und Hauptstudium eine zwei- bzw. vierstuendige Klausur schreiben, im Grundstudium einen „Essay“ und mehrere Hausarbeiten, im Grundstudium deren sechs. Die Umfaenge dieser schriftlichen Arbeiten, deren Namengebung ich vor allem in Sachen „Essay“, nominalistisch gesinnt, mit schlafendem Schwert uebergehen will, sind erstaunlich gering (ich beziehe mich hier auf die „Richtlinien fuer die neuen Studiengaenge“ des Pruefungsausschusses). Die schriftliche Hausarbeit im Grundstudium umfasst ca. 4500 Woerter (im Hauptstudium deren 6000, hier gesellt sich allerdings die Projektkursarbeit hinzu). Das heisst: im Grundstudium, auf das ich mich zur Illustration konzentriere, komme ich als Studierender in zwei Jahren, die Klausur weggelassen, mit schriftlichen Arbeiten von ca. 30 000 Woertern Laenge hin. Das ist erstaunlich wenig, meines Erachtens quantitativ zu wenig mit qualitativen Folgen, bedenkt man, dass das politikwissenschaftliche Studium vor allem mit sprachlichen Formen und sprachlich ansetzenden Analysen zu tun hat. Die meisten Studienabgaenger werden vor allem in ihren sprachliche Kompetenzen gefordert sein.

h) Der zweite Widerspruch durchzieht die gesamte „neue“ Studien- und Pruefungsordnung. Er besteht darin, dass von den Lehrenden ueber ein verstaerktes „Lob der Routine“ (N. Luhmann) hinaus und der von ihnen zu (re-)praesentierenden Politikwissenschaft weder in den Lehrformen, noch vor allem in der Art, wie sie ihre Lehrinhalte aufbereiten, praesentieren, vermitteln irgendetwas Neues verlangt wird. Bei den Lehrformen betruebt vielmehr ein schon in der „alten“ DPO kenntliches Zurueck zu den Ueberblicks- oder sog. Handbuchvorlesungen. Diese sind vor langen Jahrzehnten von der Studentenbewegung mit gutem Grund zeitweise vernichtend kritisiert worden (dass „die“ Studentenbewegung und die Reformen, soweit sie ihr folgten, das Kind mit dem Bade ausgeschuettet haben, sei in Klammern hinzugefuegt. Dieses habe ich ausweislich meiner Notizen anlaesslich meiner ersten Weber-Vorlesung 1974 vorlesungsoeffentlich angemerkt). Solche Ueberblicksvorlesungen, die routiniert aus der erfahrenen Hand gehalten werden koennen, sind in der Regel ein Beleg dafuer, dass es lebendig Lehrender gar nicht beduerfte. Sie stellen einen Beleg dafuer dar – wer sich an die selige Ordinarienuniversitaet erinnern kann, kann dafuer kumulative Belege anfuehren –, wie lehrend praktizierte „Module“ das „kostbare Gut der intrinsischen Motivation“ (Brief des Geschaefsfuehrenden Direktors vom 12.11.2003) geradezu lehrfuegend auskehren koennen.

Nicht nur in Sachen Lehr-Lernformen hapert es indes an Ueberlegungen zu veraenderten Formen. Vielmehr gilt dieser Ueberlegungsmangel der nun „modularisiert“ umgesetzten Konzeption der Politikwissenschaft, ihren Unterteilungen und den dort gelehrteten Inhalten insgesamt. Die sogenannten Fachgebiete bleiben Leerraume. Jede Lehrende und jeder Lehrende kann diese so ausfuellen, wie es ihr oder ihm behagt.

i) Keine, ganz und gar nicht polemisch beabsichtige, nur besorgt gestimmte Summe: waehrend das politikwissenschaftliche Studium inhaltlich, sprich substantiell weithin beliebig bleibt – dabei muessten doch nur endlich wir Lehrenden uns lange diskutierend fruchtbar zusammenraufen und auf qualifizierte Minima einigen –, wird das Studium in seinen studentenbezogenen Formen und Anforderungen eng und rasch stroemend kanalisiert. Aus der didaktisch allein sinnvollen Folge: attraktive und durchsichtige Studienordnung zuerst, von Pruefungsschatten sacht, leicht und erneut durchsichtig an

abgeschlagener zweiter Stelle gefolgt, ist eine als Lernprozess ausgegebene Prüfungsordnung geworden. Auch wenn die sachlichen Anforderungen bewältigbar erscheinen, ist doch das System der Leistungspunkte mit Anwesenheitslisten und Malandrohungen, mit Hand-buchvorlesungen, Klausuren und zeitlich aus-, wenn nicht ueberlastenden formalen Anforderungen so gestaltet, dass in aller Regel eher die dauernde Prüfungsangst als die oben benannte „intrinsische Motivation“ auf dem Weg zur kritischen Urteilsfaehigkeit das Kanalsystem des Studiums durchhauchen werden. Mit der Studienfreiheit, vorweg schon vom grundrechtswidrigen NC schier erdrosselt, mit Vorabfolgen bis hinab in die Vorschulen, mit solcher koestlich erfahrbarer und koestlich zu erfahrender Studienfreiheit ist es nahezu rundum zu Ende. Diese Feststellung gilt auch fuer die Studierenden, die das Diplom anstreben – solange es dasselbe noch gibt (O-Ton Peter Gaethgens, Praesident der Hochschulrektorenkonferenz: „...Die Bologna-Beschluesse sollten wir schleunigst umsetzen, damit unsere Studierenden fit fuer den internationalen Markt sind.“ Ich versage mir auf Analogien der neuen OSI-Studiengaenge und ihre Begruendung hinzuweisen. O-Ton Gaethgens erneut: „...Je schneller wir Klarheit schaffen und die alten Diplomstudiengaenge nicht mehr anbieten, desto rascher werden sich die neuen Abschluesse durchsetzen.“ in: VDJ vom 2.10.2003, S.4). Der Diplomstudiengang wird ohnehin von der neuen Akkreditierung und den anderen neuen Studienformelementen bis zur Unkenntlichkeit seines einstmals verfolgten Sinns veraendert werden.

Ich breche, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, meinen langen und doch in der Sache viel zu kurzen Brief an dieser Stelle ab. Hoffte ich nicht wider das Hoffen, dass Sie, die Kolleginnen und Kollegen meine ich vorab, ihr Visier nicht sogleich herunterlassen, sobald Sie die Tendenz und die Laenge dieses Briefes bemerken, ich haette ihn wohl doch bei knapper werdenden Zeit nicht geschrieben. In jedem Fall, sollten Sie wissen, was Sie mittun. Keine Suessholzraspelei bitte, das tut die etablierte Politik genugsam. Und die Studierenden, mit denen ich gerne weiter lehr-lernte - ohne besagte starke Brise „Humboldt“ geht es bei mir nicht, dann haette ich nie zu lehren begonnen -, Sie, die Studierenden sollten den Kampf um ein Studium, das nicht nur Ihnen besser tut und eine entsprechende Universitaet nicht aufgeben. Die Zeichen stehen schlecht. Schon im Kampf fuer eine andere, eine bessere Universitaet jedoch – fast immer gilt ein Trotzdem, wir muessen es nur annehmen - koennten Sie weit ueber Ihre Universitaetszeit hinaus mehr lernen als in 20 Modulen... Freilich herrschende LPs kann ich nicht anbieten.

Gez. Wolf-Dieter Narr